

117 71 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Wien,

30. Juni 1971

Zl. 5818-Pr.2/1971

600 /A.B.

zu 594 /J.
Präs. am 12. Juli 1971

An die

Kanzlei des Präsidenten
des NationalratesParlament
W i e n , 1.

Auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen vom 12. Mai 1971, Nr. 594/J, betreffend Finanzbedarf der österreichischen Hochschulen, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Das interministerielle Komitee für Schulbaufragen (IKS), in dem das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, das Bundesministerium für Bauten und Technik und das Bundesministerium für Finanzen vertreten sind, konnte die Arbeiten an einem "10-Jahresprogramm der österreichischen Hochschulen 1971-1980" im Hinblick auf die Schwierigkeit der Materie bisher noch nicht abschließen. In diesem Zusammenhang wäre zu bemerken, daß das genannte interministerielle Komitee erst vor kurzem mit den Arbeiten für das "Entwicklungsprogramm der Bundesschulen (ohne Hochschulen) 1971-1980" fertig geworden ist.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt wäre es somit verfrüht, über das Ausbaufordernis der österreichischen Hochschulen, über die damit verbundenen Kosten und über deren Finanzierung eine konkrete Aussage zu machen.

Die Realisierung und Finanzierung der Investitionen im gesamten Bundesschulsektor in den nächsten Jahren wird nicht zuletzt von der Durchführung des von der Bundesregierung geplanten langfristigen Investitionsprogrammes abhängen.

Den von der Rektorenkonferenz vorgeschlagenen Anregungen kann das Bundesministerium für Finanzen grundsätzlich nicht zustimmen. Eine eigene Hochschulanleihe, also eine Anleihe mit ausschließlicher Zweckbindung, wäre aus kreditpolitischen Erwägungen nach den ho. Erfahrungen bedenklich. Gegen die vorgeschlagene

Münzaktion bestehen schwerwiegende währungspolitische Einwände. Einer Errichtung von Bundesbauten im Real-Leasing-Verfahren auf bundeseigenen Grundstücken kann nicht näher getreten werden, da sich für den Bund unvertretbare finanzielle Belastungen ergeben würden; dazu kämen zeitraubende Erschwernisse aus notwendigen legislatischen Maßnahmen (insbesondere Einräumung des Baurechtes). Die Finanzierung des Hochschul-Sonderprogrammes im Rahmen der sogenannten Hochschulmilliarde wird daher in der Weise abgewickelt, daß in den Budgets des Bundesministeriums für Bauten und Technik ab 1970 zusätzlich jeweils 100 Millionen S jährlich bis zur Abwicklung der vorgesehenen 1 Milliarde S zusätzlich Zinsen eingesetzt werden. Da Kleinaufträge aus dem laufenden Budget bezahlt werden und nur größere Bauaufträge aus der Hochschulmilliarde finanziert werden, kann die Zinsenbelastung relativ niedrig gehalten werden. Die jährlichen 100 Millionen S für die Hochschulmilliarde werden daher für ein Bauvolumen von 1 Milliarde S bei Annahme gleichbleibender Baupreise etwa 13 Jahre laufen und somit in den Jahren 1970 bis 1982 finanzierungsmäßig abgewickelt werden.

Die konkreten Projekte dieser Hochschulmilliarde sind im Teilheft des Kapitels 64 "Bauten und Technik" (S. 70 bzw. S. 113/114 als Sonderprogramm mit "S" gekennzeichnet):

Wien 6., Getreidemarkt 9, TH, Chemiehochhaus

Wien 1., Helfferstorferstr., Universitätsinstitut

Wien 3., Aspangbahngründe, TH

Wien 4., Freihausgründe, TH

Wien 15., Schmelz, Universitätsturnanstalt

Wien 19., Gregor Mendel-Straße, BUKO, Zubau

Salzburg, Mozarteum, Neubau auf den Borromäumgründen

Graz, TH. Petersgasse, Physikalisches Institut

Graz, TH. Inffeldgründe, Maschinentechn. Institut

Graz, Harrachgasse, Universität, Vorklin. Institut

Innsbruck, Höttingergründe, Univ. Turnanstalt

Innsbruck, Schöpfstraße, Univ., Vorklin. Institut

Innsbruck, Innrain, Univ., Philosophische Fakultät.

Eine Hochschulsteuer wird derzeit im Bundesministerium für Finanzen nicht in Erwägung gezogen.

